

Interpellation Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): Verweigerung der Mithilfe bei Ausschaffungen: verkommt die Stadt Bern zur rechtsfreien Zone der Schweiz?

Der Stadtrat erklärte in seiner Sitzung vom 2.2.2017 das „Dringliche Postulat Fraktion AL/GPB-DA/PdA+ (Daniel Egloff, PdA/Mess Barry, parteilos): Die Stadt Bern soll eine Zufluchtsstadt werden und sich dem europäischen Netzwerk anschliessen“ mit 49 Ja, 13 Nein, 5 Enthaltungen die Motion erheblich. In Ziff. 4 des Postulates wurde sinngemäss verlangt, dass die Stadt Bern die Mithilfe bei Ausschaffungen gemäss Ausländerrecht verweigert.

Der Gemeinderat (in seinem Vortrag S. 2) und der Stadtratspräsident wiesen den Stadtrat auf die Ungesetzlichkeit dieser Forderung hin. Der Interpellant beanstandete in seinem Votum im Stadtrat seinerseits die krasse Verletzung des übergeordneten Bundesrechts. Zudem warnte er explizit vor den rechtlichen Folgen. Auch hinsichtlich der Tolerierung des rechtsfreien Raumes im Raum Reithalle sowie hinsichtlich der Durchsetzung der Bauvorschriften gegenüber den Stadtnomaden muss sich der Gemeinderat bereits mehrfach vorwerfen lassen, dass er das übergeordnete Recht nicht einhält. Er hatte sich bereits mehrfach in aufsichtsrechtlichen Verfahren zu rechtfertigen. Dabei gelobte der Gemeinderat mehrfach Besserung. Leider werden die massgebenden Bestimmungen des übergeordneten Rechts nach wie vor nicht eingehalten.

Der Gemeinderat wird höflich aufgefordert, die nachfolgenden Fragen zu beantworten:

1. Was wären die rechtlichen Folgen für die Gemeinde Bern und die Beamten der städtischen Einwohnerdienste Migration und Fremdenpolizei (EMF), wenn diese – wie im Postulat vorgesehen – die Mithilfe bei Ausschaffungen trotz übergeordneten Bundesrechts verweigern würden? Mit welchen Sanktionen für die Gemeinde Bern und die betroffenen Beamten müsste gerechnet werden (verwaltungsrechtlich, strafrechtlich disziplinarrechtlich, andere)?
2. Sieht die Gemeinde angesichts der wiederholten gravierenden Vorkommnisse im Raum Reithalle aber auch hinsichtlich der ständigen Tolerierung der Missachtung der Bauvorschriften bei den Stadtnomaden nicht Handlungsbedarf?
 - 2.1. Wenn ja, welchen? Welche Massnahmen will der Gemeinderat in diesen beiden Fällen konkret ergreifen? Wie will der Gemeinderat in seiner neuen Zusammensetzung konkret gegen den rechtsfreien Raum Reithalle und die Missachtung der Bauvorschriften bei den Stadtnomaden vorgehen?
 - 2.2. Wenn der Gemeinderat hier keinen Handlungsbedarf sieht, warum nicht?

Bern, 16. Februar 2017

Erstunterzeichnende: Alexander Feuz

Mitunterzeichnende: Kurt Rügsegger, Daniel Lehmann, Rudolf Friedli, Henri-Charles Beuchat, Erich Hess